

25. JAN.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/19 - 23. Januar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 880

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Auf wen stützt sich jetzt de Gaulle? Nach der "Affäre Massu" Von Günter Markscheffel	82
3 - 4	Glückliches Schweden Überschuß im Staatshaushalt - erhöhte Ausgaben für Sozial- und Schulwesen Von unserem Korrespondenten in Stockholm, R. Hüner	62
5 - 6	Gibt es in Bonn Hackbencher? Von H.G. Ritzel, MdB. Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses	58
7	Das neue CDU-Journälchen Allzu durchsichtig getarnt	52

* * *
* *

Auf wen stützt sich jetzt de Gaulle?

Von Günter Markscheffel

Es geschieht nicht zum ersten Mal, daß ein zur Macht gelangter Staatschef diejenigen in die Wüste schickt, die ihm geholfen haben, das Staatsruder in die Hand zu nehmen. Genau das hat de Gaulle mit seinem Fallschirmjäger-General Massu jetzt auch getan. Wenige Tage vorher entließ er den Wirtschaftsminister Pinay, der ebenfalls wesentlich dazu beigetragen hatte, die Macht des französischen Staatschefs zu festigen. Massu und Pinay sind nicht auf einen politischen Nenner zu bringen. Dem Fallschirmjäger-General wird nachgesagt, er repräsentiere die "Ultras" und den französischen Nationalismus in Algerien. Pinay dagegen ist "gutbürgerlich"; er galt in der Regierung Debré als der Vertreter des "sparsamen Durchschnittsfranzosen" und Anhänger einer kleineuropäischen Politik.

Perspektiven der de Gaulle-Politik

Von beiden hat sich de Gaulle getrennt, und es ergibt sich nunmehr die Frage, auf wen sich der General heute politisch stützen kann.

Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich folgendes vergegenwärtigen: De Gaulle will Frankreich zum entscheidenden Faktor der kontinentalen europäischen Politik machen, und er glaubt, daß er dieses Ziel nur erreicht, wenn er den Algerien-Krieg so schnell und so anständig wie möglich beendet, sowie eine französische Commonwealth-Konstruktion auf der Grundlage eines erstarkten Mutterlandes in enger Zusammenarbeit mit früheren französischen Kolonialgebieten in Afrika anstewert. Außerdem will de Gaulle "Mit Chruschtschow als Europäer reden", um sich zu vergewissern, daß die Sowjetunion nicht seine Absichten in Afrika stört. In den Rahmen dieser Konzeption passen de Gaulles Verhalten gegenüber der NATO und seine Skepsis gegenüber den westeuropäischen Integrationsbestrebungen.

Innenpolitisch bedeutet dies, daß de Gaulle weder mit dem Repräsentanten der Vierten Republik, Antoine Pinay, noch mit dem nationalistisch orientierten Fallschirmjäger-General Massu Politik machen kann. Es bedeutet ferner, daß der französische Staatschef Tüchtfühlung mit der republikanischen Linken suchen muß, wobei er die Gewißheit haben kann, daß die Kommunisten - mindestens bis zum Besuch Chruschtschows - Gewehr bei Fuß stehen.

Gewerkschaften stützen Algerienpolitik des Staatschefs

Die französischen Kommunisten haben de Gaulle bereits einen entsprechenden Wink gegeben. Die von ihnen gesteuerte Gewerkschaftsbewegung CGT ließ de Gaulle am Vorabend der Pariser Algerien-Konferenz vom 22. Januar 1960 wissen, sie erwarte von ihm, daß er seine Befriedungspolitik in Algerien fortsetzt und gegen alle Elemente vorgeht, die sich mit den "Ultras" in Algerien zu verbinden beabsichtigen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß dieselbe CGT dem General versichert hat, er werde, falls nationalistische Elemente seine Afrika-Politik stören wollten, nicht allein bleiben.

Interessanterweise haben auch die Christlichen Gewerkschaften de Gaulle eine ähnliche Ergebenheitsadresse gesandt.

Das innenpolitische Gleichgewicht ?

Daß de Gaulle vor einigen Tagen den Generalsekretär der Sozialistischen Partei (SFIO), Guy Mollet, empfangen hat, dürfte ebenfalls nicht bedeutungslos sein. Wie es heißt, ging es bei dieser Zusammenkunft um die Frage, welche Möglichkeiten für die Sozialisten bestünden, den General zu stützen. Verschiedene Äußerungen aus sozialistischen Kreisen lassen darauf schließen, daß man in der SFIO de Gaulles Befriedungspolitik in Afrika billigt, in der Innenpolitik jedoch keinen Blankoscheck auszustellen gewillt ist, weil die erhebliche Unterstützung der Konfessionsschulen durch den Staat zu einer Beruhigung in allen republikanischen Kreisen geführt hat.

Die Volkerepublikaner (MRP) begrüßen auch de Gaulles Algerien-Politik, begünstigen selbstverständlich seine Schulpolitik, haben aber Bedenken gegenüber den Absichten de Gaulles, Frankreichs Bindungen zur NATO zu lockern.

Alles zusammen ergibt also, daß sich de Gaulle bei seiner Afrika-Politik auf die Linke und die gemäßigte Mitte stützen muß, wobei die Frage allerdings offen bleibt, wie er in der Schulpolitik die widerstrebenden Elemente miteinander aussöhnen kann und was er den Sozialisten und den Volkerepublikanern anbietet, um diese wegen seiner Haltung zur NATO zu beruhigen.

Möglichkeiten ...

Zweifellos wird de Gaulle versuchen, den ganzen innenpolitischen Fragenkomplex durch eine Wirtschaftspolitik zu lösen, die ihm die Gewerkschaften - d.h. also in Frankreich den größten Teil der unter kommunistischem Einfluß stehender Arbeiter - nicht zum Feinde macht. Außerdem wird er sicher bemüht bleiben, die am 16. September 1959 verkündete Befriedungspolitik in Algerien fortzusetzen, um sich die Hilfe sowohl der linksorientierten Kreise wie auch der gemäßigten Mitte zu sichern. Seine Europa- und NATO-Politik wird wahrscheinlich unverändert bleiben, weil der von ihm eingeschlagene Weg nach seiner Vorstellung die Bedeutung Frankreichs in der Weltpolitik erhöht.

So ergibt sich, daß de Gaulle heute direkt oder indirekt auf einen großen Teil jener politischen Kräfte in Frankreich angewiesen ist, der am 13. Mai 1958 mehr oder weniger zu ihm in Opposition stand. *)

*) Wir verweisen auf die Anfang Januar 1960 von uns veröffentlichte Sonderausgabe des Pressedienstes "Mit Chruschtschow als Europäer reden".

Glückliches Schweden

R.H., Stockholm

Dem mit traditionellem Prunk eröffneten Reichstage wurde für das Finanzjahr 1960/61 ein Staatsvoranschlag vorgelegt, welcher Gesamteinnahmen von 15,1 Milliarden Schwedenkronen, laufende Ausgaben von 14,8 Milliarden sKr und einen Kreditbedarf für Investitionszwecke in Höhe von 1,7 Milliarden sKr. ausweist. Da Gehaltszulagen für die Staatsangestellten und einige andere Posten die laufenden Ausgaben erhöhen dürften, rechnet Finanzminister Sträng damit, daß der Kreditbedarf auf etwa 1,9 Milliarden sKr ansteigen dürfte, d.i. wesentlich weniger als im Finanzjahre 1959/60.

Daß das Budget einen Überschuß ausweist, dankt der Finanzminister vor allem drei Umständen: dem allgemeinen Konjunkturaufschwung, der die Einnahmen wesentlich erhöht und u.a. die Kosten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um 100 Millionen sKr vermindert, ferner der neu eingeführten allgemeinen Umsatzsteuer, die etwa 1.400 Millionen sKr einbringen dürfte, und schließlich den rigorosen Einsparungen in den Ausgabenvorschlägen der Ministerien. Ohne Rücksicht darauf, daß im Herbst 1960 die Reichstagswahlen fällig sind, ist der Finanzminister auch vor unpopulären Sparmaßnahmen nicht zurückgeschreckt. So wurde z.B. der Staatsbeitrag für den Wohnungsbau etwas vermindert; hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Wohnungsbau im Finanzjahr vorher zwecks Arbeitsbeschaffung besonders gefördert wurde und 1959 mit fast 70.000 neuen modernen Wohnungen (bei einer Einwohnerzahl von 7,4 Millionen!) alle früheren Rekorde geschlagen hat. Das Gleiche gilt für den Straßenbau, dem über die früher bewilligten Budgetmittel hinaus im Rahmen der Arbeitsbeschaffung große Beträge zur Verfügung gestellt worden waren. Schließlich muß sich auch die Entwicklung der Atomkraft für friedliche Zwecke damit abfinden, daß die Mittelanforderung um fast 30 % reduziert wurde; Schweden kann sich diesen Aufschub dank der noch immer reichlichen Wasserkräfte leisten.

In zwei Fällen wurden die Budget-Ausgabenposten stark erhöht, für das Sozialwesen und für das Schulwesen.

30 Prozent der Staatsausgaben entfallen auf die Sozialleistungen, die gegenüber 1959/60 um 576 Millionen sKr. auf 4.484 Millionen sKr ansteigen. Von der Erhöhung beziehen sich 378 Millionen sKr auf eine Verbesserung der staatlichen Volkspension, die im Prinzip vom Reichstag früher einstimmig beschlossen worden ist. Die Schul- und Kulturleistungen, welche 12,4 Prozent der Gesamtausgaben beanspruchen, werden mit 1.843 Millionen sKr veranschlagt, d.s. 122 Millionen sKr mehr als 1959/60. Der grösste Teil der Erhöhung ist für die Ausgestaltung des höheren Schulwesens bestimmt, insbesondere für die physikalische Chemie und für medizinische Spezialgebiete.

Für die Landesverteidigung sind knapp 20 Prozent der Staatsausgaben bestimmt (2.918 Millionen sKr, d.s. 91 Millionen sKr mehr als 1959/60). Während für die militärischen Forschungsarbeiten eine Ausgabenerhöhung um nicht weniger als 47 Prozent vorgesehen ist, muss sich vor allem die Kriegsmarine mit fühlbaren Einschränkungen abfinden. Die von der konservativen Partei und einigen anderen Kreisen geforderte Ermächtigung an das Militärische Forschungsinstitut, die Aufnahme einer Atomwaffenproduktion in Schweden vorzubereiten, ist jedoch nicht erteilt worden. Die Ausgabenerhöhung soll sich vielmehr nur auf intensivere Schutzmassnahmen beziehen. Im Laufe des Jahres 1960 dürften hinsichtlich des gesamten Militärbudgets Parteibesprechungen stattfinden mit dem Ziele, den Ausgabenrahmen und die Grundlinien der Landesverteidigung einvernehmlich festzulegen.

In seinem Kommentar zum Staatsvoranschlag weist Finanzminister Sträng auf die sehr günstige Wirtschaftslage Schwedens hin, daß 1959 eine Produktionszunahme um etwa 4,5 Prozent erzielt haben dürfte und für 1960 mit einer weiteren Expansion rechnen kann. Er erwartet, daß die Einführung der Umsatzsteuer und die scharfe Ausgabenbegrenzung des Staates die volkswirtschaftlichen Spannungen auf ein Mass vermindern werden, das von der staatlichen Wirtschaftspolitik gemindert werden kann.

Gibt es in Bonn backbencher ?

Von H.G. Ritzel, MdB
Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses

Die Bestrebungen nach Verbesserung des Stils des Bonner Bundestags und im Zusammenhang damit die in Parlament und Öffentlichkeit geäußerten Wünsche nach einer grundlegenden Parlamentsreform haben zu interessanten Diskussionen in parlamentarischen Kreisen und zu lebhaften Prosaäußerungen geführt. Dabei treten drei Hauptforderungen in den Vordergrund: das Verlangen nach einem besseren Stil, vor allem durch wirkliche Toleranz gegenüber dem politischen Gegner, das Verlangen nach mehr Freiheit für den einzelnen Abgeordneten, damit nicht nur durch die Fraktionen vorweg bestimmte Redner zu Worte kommen, und das Bestreben nach Auflockerung des parlamentarischen Betriebs durch technische Verbesserungen im Plenarsaal.

Eine Verbesserung des Stils ist durch allseitigen guten Willen möglich. Den Anfang müsste hierbei die Bundesregierung machen, die es oft am selbstverständlichen Respekt gegenüber der Volksvertretung fehlen lässt. Das Verlangen nach lebendigerer Rede und Gegenrede und der Wunsch nach spontaneren Äußerungen wird entscheidend von der zu behandelnden Materie beeinflusst. Wer die gründliche Vorberatung von Gesetzesvorschlägen und anderen Vorlagen in Fraktionen, Arbeitskreisen und Ausschüssen kennt, weiss auch, dass zu wirklich wertvollen und sachverständigen Äußerungen die Kenntnis dieser Vorarbeiten, kurz die Mitarbeit in Fraktionen, Arbeitskreisen und Ausschüssen gehört. Dass sich hierbei Experten - oft gegen ihren eigenen Willen - herausbilden, die die ganze weiterverzweigte Problematik der zur Behandlung stehenden Vorlage kennen, ist unvermeidbar und notwendig, wenn das Parlament sich gegenüber den geschulten Experten der Verwaltung behaupten und durchsetzen will.

In dieser Feststellung liegt auch bereits die Begrenzung der angestrebten grösseren Freiheit des einzelnen Abgeordneten. Nicht dass ein Parlamentsmitglied reden kann, wann er will, sondern dass er etwas wirklich Wichtiges zu sagen hat, ist das Entscheidende. Bleibt das

Vorlangen nach technischen Verbesserungen im Plenarsaal. Was in dieser Hinsicht ohne grundlegende Änderungen des Bestehenden geschehen konnte, ist geschehen. Den Stil des Parlaments kann man durch technische Massnahmen nicht verbessern!

In der öffentlichen Diskussion wurden in letzter Zeit vielfach Vergleiche mit dem englischen Parlament gezogen. Man hat gegenüber den Abgeordneten, die einen Umbau des Plenarsaals ablehnen, die wenig schmeichelhafte Bezeichnung "backbencher" gebraucht. Was ist ein backbencher und gibt es backbencher in Bonn? Als backbencher bezeichnet man im Volksmund in England die hinten sitzenden Abgeordneten, die "Hinterbänkler". Es ist nicht unsere Sache, über die Sitzeinteilung im englischen Unterhaus kritisch zu Gericht zu sitzen. Aber es ist unsere Sache, eine Behauptung richtig zu stellen, die nicht zutrifft.

Im Bonner Bundeshaus sitzen, wie es selbstverständlich ist, in allen Fraktionen die Fraktionsvorstandsmitglieder vorne. Bei entscheidenden Abstimmungen räumen sie zum Teil ihren Platz für die stimmführenden Experten ihrer Fraktion. Im Übrigen sitzen die Fraktionsmitglieder je nach dem Willen der einzelnen Fraktion in alphabetischer Reihenfolge oder nach landsmannschaftlicher Gliederung oder nach anderen Gesichtspunkten. Ich erinnere mich, dass ein heutiger Regierungschef eines Bundeslandes ganz hinten sass, weil sein Name mit dem Buchstaben "Z" beginnt. Und ein Wirtschaftsminister von heute, dessen Name mit "V" beginnt, teilte sein Schicksal. Schon diese Beispiele beweisen, wie falsch die Behauptung von den Hinterbänklern in Bonn ist. Andere Beispiele könnten erzahlt werden. Aber es gibt auch aus anderen Gründen keine backbencher in Bonn: das Schwergewicht der Parlamentararbeit vollzieht sich in den Ausschüssen und nur die öffentliche Auseinandersetzung im Plenum. Auch die schärfsten Kritiker des Bundestages würden den Ausdruck "backbencher" nicht mehr gebrauchen, wenn sie über Hirngabe und Leistung der Abgeordneten besser Bescheid wüssten.

Das neue CDU-Journälchen

es - Die parteipolitischen Wahlreden des "ermüdenden alten Mannes", wie die britische Presse den Kanzler jüngst charakterisierte, zu kleiner Münze zu verschrotten, das ist die gutdotierte Aufgabe jener Unzahl von Organisationen, Vereinen, Klubs, Zeitungen und Zeitschriften, deren finanzielle Basis in den wohlbehüteten Zuteilungslisten des Regierungspresseamtes oder einer mit ähnlichen Aufgaben betrauten anderen Regierungsstelle zu finden ist. Manchmal gelingt die Tarnung, und der Subventions- und Dotations-Empfänger kann für einige Zeit die Rolle der "Unabhängigkeit" spielen. Meist gelingt die Tarnung nicht, und der Dotierte steht in "Kaisers Kleidern" da: bloß und schäbig.

Im IX. Jahrgang erscheint, jetzt im Chmielorz-Verlag in Wiesbaden, ein Halbmonatsblatt in aufwendiger Aufmachung und unter dem aufwendigen Titel "Das neue Journal", das sich in Politik, Wirtschaft und Kultur angelegen sein läßt, im leichter Plauderstil mit leichtem Gewicht zur Meinungsbildung im Regierungssinne beizutragen. Wo das Gewicht zufälligerweise schwerer wird, da platzen des Kaisers Kleider - oder sollte man sagen: des Kanzlers Kleider? -, und heraus knallt das grobe Kaliber der Versammlungsprodukte des "nach Bismarck größten deutschen Staatsmannes", der der Opposition mit dem Holzhammer zuleibeücken möchte.

Das liest sich dann im "Neuen Journal" so: "In dieser Situation hat die SPD mit ihrem 'Deutschlandplan' eine Stellung bezogen, die erkennen läßt, daß es 1961, mehr denn (als - fehlt im Original) bei jeder anderen Wahl um keinen bloßen 'Wachwechsel' oder Rollentausch in der Regierungsverantwortung, sondern eindeutig um eine Frage der ganzen Existenz geht, um ein künftiges freies, selbständiges Deutschland oder das Hinabgleiten in eine tschechische oder polnische Situation von 1945/47 ... Die Politik, die von der Opposition angeboten wird, würde im Falle ihrer Verwirklichung eine einzige große Rückwärtsbewegung in die Wirren von Weimar mit der Wirtschafts-Unsicherheit, auch politischer und militärischer Unsicherheit, bedeuten".

Das Kaliber ist, wie man liest, sehr grob, wenn die damit verschossenen Gedanken auch so alt, abgestanden und ermüdend sind, wie die Quelle, die sie "originär" produziert hat. Mit dieser nicht mehr getarnten Wahldemagogie sind des Kaisers-Kanzlers Kleider erögültig verschwunden, und "Das neue Journal" steht bloß und schäbig als CDU-Blättchen da, als mehr oder minder neues CDU-Journälchen, in dessen Redaktionsstübchen aber nicht nur Krawallpolitik vertrieben wird.

O nein, die Herren können auch anders, und so schwärmen sie im sogenannten Kulturabschnitt des Buches "Körner, Künstler, Scharlatane", das Richard W. Eichler in einem Münchener "Traditions"-Verlag erschienen ließ. "Das neue Journal" spricht in geistiger Parallele mit Eichler von der "sogenannten modernen Kunst" und frohlockt, daß Eichler "mit der modernen Kunst und ihren Künstlern abrechnet".

Zu den "Künstlern, Körnern, Scharlatanen", mit denen Eichler und "Das neue Journal" abrechnen, gehören, um nur zwei Namen zu nennen, Picasso und Kandinsky. Seriöse Zeitungen waren der Ansicht, daß Eichlers "Kunstabstrachtung" ein letzter - oder wieder erster? - Wellenschlag aus jener Zeit sei, in der man der "entarteten Kunst" auch mit dem Holzhammer zuleibeugte. "Das neue Journal" war jedoch zweifellos überfordert -, es "rechnete ab": in Politik und Kultur.